

# Gemeinsam für den Atomausstieg

Bürgermeister in Japan, Europa und der Türkei organisieren sich

**W**eltweit tätige Atomkonzerne versuchen seit einiger Zeit ihre Kraftwerke an aufstrebende Industrieländer zu verkaufen, in der Hoffnung, dort kaum Widerstand bei der Bevölkerung zu finden. Ein Beispiel dafür ist die Türkei. Nach mehreren vergeblichen Anläufen der Vorgängerregierungen setzt die Erdogan-Regierung inzwischen auf Staatsverträge, um den Zugang zu atomarer Technologie auch gegen den Willen der eigenen Bevölkerung durchzusetzen.

Zunächst schloss die Regierung Erdogan einen Staatsvertrag mit der russischen Regierung und dem russischen Staatskonzern Rosatom, um endlich ein Atomkraftwerk in Akkuyu durchzusetzen. Der nächste Schritt war ein Vertrag mit der japanischen Regierung Abe und dem japanisch-französischen Konsortium, an dem die Mitsubishi Heavy Industries Corp. und der französische Staatskonzern Areva beteiligt sind, die ein AKW an der Schwarzmeerküste in Sinop errichten wollen.

**T**rotz der bekannten Erdbebengefahr sowohl im Standort Akkuyu am Mittelmeer als auch in Sinop am Schwarzen Meer versucht die Regierung Erdogan, die Bevölkerung mit falschen Versprechungen zu gewinnen: Die Atomenergie schaffe Arbeitsplätze, nur mit ihr könne der notwendige Zugewinn an Energie für die wachsende Industrialisierung des Landes bewältigt werden. Anfallender Atom Müll würde nach Japan und Russland zurückgehen. Doch bisher blieb die Bevölkerung misstrauisch...

Seit dem Fukushima-Tag, am 11. März 2011, bekam die türkische Anti-Atom-Bewegung aus Japan kräftige Unterstützung. Die deutsche IPPNW nutzte ihre intensiven Kontakte nach Japan und zur türkischen Bewegung „Türkei atomfrei“ (nukleersiz.org). Das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund (IBB) hat die Türkei seit 2013 in ihre europäischen Aktionswochen aufgenommen und 2013 russische Liquidatoren nach Sinop, Istanbul, Izmir und Mersin geschickt. 2014 hat das IBB die Begegnung zwischen der türkischen



und japanischen Anti-Atom-Bewegung gefördert, sodass der japanische Journalist Toshiya Morita an den zukünftigen AKW-Standort Sinop eingeladen wurde.

Sein Besuch und seine Warnungen hinterließen einen nachhaltigen Eindruck. Jetzt wurde Toshiya Morita erneut in die Türkei eingeladen, dieses Mal vom Bürgermeister der Stadt Gerze, etwa 20 Kilometer von Sinop entfernt. Der Bürgermeister hatte vom Atomphysiker Prof. Hayrettin Kilic erfahren, dass es in Japan ein Netzwerk der Bürgermeister für eine Welt frei von Atomenergie gibt („Mayors for a Nuclear Power Free Japan“).

**D**er Bürgermeister von Gerze organisierte in seiner Stadt ein atomkritisches Seminar mit zwei Vertretern der japanischen Anti-Atom-Bewegung (Toshiya Morita und Akiko Yoshia, Friends of Earth, Japan), einem Vertreter der deutschen IPPNW, Dr. Alper Öktem, und zwei Vertretern der türkischen Anti-Atom-Bewegung (Prof. Hayrettin Kilic, Oguz Türkyilmaz). Dr. Alper Öktem, der die IPPNW-Tschernobylstudie zusammen mit einer türkischen Ärztin ins Türkische übersetzt hat, fand bei den ZuhörerInnen vor allem durch seine Ausführungen zu den Gefahren der Niedrigstrahlung Gehör.

Etwa 100 Bürgerinnen und Bürger aus Gerze nahmen teil. Fazit der Veranstaltung war, ein gemeinsames deutsch-europäisch-türkisch-japanisches Projekt auf den Weg zu bringen: Ein Zusammenschluss der Bürgermeister für eine Welt frei von

Atomenergie. In Europa existiert bereits eine Organisation der Bürgermeister, sie wurde von dem stellvertretenden Wiener Bürgermeister Ulli Sima ins Leben gerufen. Mehrere deutsche Städte sind bereits Partner. Nun gilt es diese Kontakte weiter mit Leben und gezielten Aktionen und Protesten zu füllen. Wichtig wäre es, in Frankreich, dem Land des Staatskonzerns Areva, und in Russland, wo der Atomkonzern Rosatom beheimatet ist, Partner zu finden. Gut verwurzelte lokale und gleichzeitig stark vernetzte Proteste und Aktionen machen uns stark.

**I**n der Bewegung der Bürgermeister ist der Protest gegen Atomkraftwerke jedoch nur ein Standbein. Ebenso wichtig ist es zu zeigen, wie schnell Erneuerbare Energien in den Kommunen selbst implementiert werden können. In Gerze plant der Bürgermeister bereits jetzt, den Marktplatz mit Photovoltaik-Paneele zu überdachen. Zusätzlich ist das Genossenschaftsmodell für die Türkei besonders geeignet, um gemeinschaftliche und gemeinnützige Investitionen für Erneuerbare Energien zu fördern.



Dr. Angelika Claußen ist seit 2014 Europäische IPPNW-Präsidentin.



Dr. Alper Öktem ist Radiologe und IPPNW-Mitglied.